

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 2 / 43. Jg.

10. Jan. 1930

**ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.**

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich, Freitags, Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

## Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktionsschluß: Montag. Fernruf: B 2, Lützow 5533.  
Verlag: Johannes Hub, Berlin W 9. - Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile od. deren Raum 0,50 Mk. bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - **Zuschriften an die Expedition erbeten.** [Postverlagsort Schkeuditz]

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

## Sozialpolitik trotz alledem!

Sozialpolitik trotz allem, ja gerade wegen der Notlage unseres Volkes! Keine Kapitulation vor den Abbauwünschen!

Reichsarbeitsminister Wissell.

In allen Gedenkartikeln wirtschaftspolitischer Art zum Jahreswechsel spielte die Sozialpolitik eine nicht geringe Rolle. Die Sozialpolitik ist das am stärksten umkämpfte Prinzip zwischen den Klassen und Parteien. In immer stärkerem Maße steigt die Bedeutung des arbeitenden Menschen in Staat und Wirtschaft. Und da die Erhaltung der Arbeitskraft die wichtigste Aufgabe aller Wirtschaftspolitik ist und bleiben wird, werden die sozialpolitischen Auseinandersetzungen nie verschwinden. Die Ansichten über stärkere oder geringere Sozialpolitik gehen sehr weit auseinander. Von der rein manchesterlichen Auffassung bis zur vollständigen sozialpolitischen Erfassung aller dazugehörigen Teile sind alle Anschauungen vertreten. Nachdem die technische Rationalisierung in Deutschland weit vorgeschritten und in bestimmten Berufen und Industrien so ziemlich abgeschlossen ist, beschäftigt man sich in erhöhtem Maße mit der Rationalisierung der menschlichen Arbeitskraft, die sehr stark in das Gebiet der Sozialpolitik übergreift.

In einem aufschlußreichen Artikel im „Vorwärts“ hat der derzeitige Reichsarbeitsminister Wissell auf die mühselige Arbeit im verflochtenen Jahre hingewiesen. Diese bestand darin, die sozialpolitischen Errungenschaften zu verteidigen und in bestimmten Punkten weiter vorwärts zu treiben. Mehr als  $\frac{3}{2}$  Spalten benötigt der Reichsarbeitsminister, um darzutun, auf welchen Gebieten der Kampf um die Sozialpolitik ausgetragen wurde. Wenn wir auch keine Jubelhymnen anstimmen können, so können wir uns doch aber freuen, daß das sozialpolitische Werk im großen und ganzen intakt gehalten und trotz der Krise und trotz des verstärkten Kampfes gegen die Sozialpolitik weiter ausgebaut werden konnte.

Das eben begonnene Jahr wird mehr als jedes andere ein sozialpolitisches Kampfsjahr. Und dies besonders deshalb, weil die Reparationsfrage in das Stadium der endgültigen Regelung treten wird. Wenn die Haager Konferenz vorüber ist, wird der Plan von den daran beteiligten Staaten ratifiziert werden. Nachdem dies geschehen ist, wird der innenpolitische Kampf mit aller Schärfe weitergeführt werden. Es ist noch eine Frage, inwieweit die deutsche Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung am Leben bleiben wird. Wie dem aber auch sei; neben dem Umbau der Steuergesetze wird namentlich die Sozialpolitik der Zankapfel der Interessengruppen sein. Der Standpunkt der Unternehmer in dieser Frage ist fest umrissen. Er zielt darauf ab, bezüglich der sozialpolitischen Gesetze auf Jahre hinaus zu einem Stillstand zu kommen. Sehr interessante Einblicke in die Gedankenwelt der Unternehmens-

Industrie- und Handelszeitung“ an wichtigste Industrieunternehmen im Reich. Ein bedeutendes Spinnereunternehmen faßt seine Wünsche in folgendem Satz zusammen: „Die soziale Fürsorge muß mindestens 5 Jahre lang nicht mehr erweitert werden“. Die Aktiengesellschaft für schlesische Leinenindustrie gibt der Gedankenrichtung weiter. Unternehmerkreise durch folgenden Satz Ausdruck: „Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung sind unseres Erachtens die wichtigsten Punkte, bei denen eine geradezu ungläubliche und im Sinne der sozialen Gesetzgebung durch nichts gerechtfertigte Ausnutzung gesetzlicher Bestimmungen getrieben wird“.

Das Reichsarbeitsministerium hat zum Jahresbeginn eine Übersicht über seine nächsten Arbeiten zusammengestellt. Unter anderem ist von dieser größten und wichtigsten Reichsbehörde folgende gesetzgeberische Tätigkeit geplant: Auf dem Gebiete des allgemeinen Arbeitsrechts ist besonders der Gesetzentwurf des Arbeitsschutzgesetzes zu nennen, der in diesem Jahre der Erledigung entgegengeführt werden soll. Der Entwurf soll eine umfassende Neuregelung des gesamten öffentlich-rechtlichen Arbeitsschutzes unter Ausschluß der Sozialversicherung bringen. Er umfaßt den Betriebsschutz, die Arbeitszeit, den erhöhten Schutz der Frauen und Jugendlichen, die Sonntagsruhe, den Ladenschluß und die Arbeitsaufsicht, also sehr umfangreiche Gebiete. Das Berufsausbildungsgesetz steht ebenfalls zur Beratung. Die Seemannsordnung soll dem neuen Arbeitsrecht angepaßt werden. Ein Entwurf zum Hausgehilfengesetz liegt dem Reichsrat vor. Das Tarifvertragsgesetz wird in engem Einvernehmen mit der österreichischen Regierung zu gestalten versucht. Die Arbeitslosenversicherung wird auch ferner die erhöhte Aufmerksamkeit aller Stellen in Anspruch nehmen. Bezüglich der Sozialversicherung ist ein Ausbau der Angestelltenversicherung geplant. Die Krankenversicherung soll in wichtigen Grundsätzen neu geregelt werden. Die Verbesserung der Reichskleinrentnerfürsorge soll in Angriff genommen werden. Ein Baugesetz liegt im Entwurf vor. Die Fragen des Wohnungsbaus, die ebenfalls zum Gebiete des Reichsarbeitsministeriums gehören und sozialpolitisch von weittragender Bedeutung sind, werden im Jahre 1930 sehr schwierig zu lösen sein. Nicht nur dem Reich und den Kommunen fehlen die Mittel; es sind auch keine Dauerkredite oder nur unter sehr schwierigen Bedingungen zu bekommen. Ein Gesetz über Zuschüsse aus Reichsmitteln für die Ansiedlung von Landarbeitern liegt ebenfalls im Entwurf vor. Desgleichen ein Entwurf von Richtlinien für Gewährung von Einrichtungskrediten für Zwecke der landwirtschaftlichen Siedlung. Auch diese Fragen sind von weittragender Bedeutung. Bezüglich des von der Privatwirtschaft geforderten Abbaus des Mieterschutzes steht das Reichsarbeitsministerium auf dem Stand-

punkt, daß an einen beschleunigten Abbau nicht zu denken ist.

Man gehe diese einzelnen Fragen der Sozialpolitik und Sozialversicherung durch, und man wird finden, daß jeder einzelne Punkt eine nicht geringe Arbeit erfordert und bei jedem große Schwierigkeiten zu überwinden sind. Soll das Reichsarbeitsministerium diese Arbeitsleistung vollbringen, dann muß es von allen sozialpolitisch fortschrittlichen Organisationen und Personen gestützt und nötigenfalls gedrängt werden. In dem Jahresbericht der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern zu Bochum, Dortmund, Duisburg-Wesel, Essen, Krefeld und Münster wird in längeren Ausführungen zur Sozialpolitik Stellung genommen. Da wird auch die Frage aufgeworfen: Wo ist die Grenze der Sozialpolitik? Man kann sich vorstellen, daß die Unternehmer diese Grenze sehr eng gezogen wissen wollen. Um aber eine einigermaßen „tragbare“ Grenze zu ziehen, wird vorgeschlagen „im Wege freier Zusammenarbeit auf der Basis wirklicher Parität zu gemeinsamen Lösungen zu kommen“. Der Vorschlag, eine Arbeitsgemeinschaft zu errichten, habe keine praktische Gestalt angenommen. Zwar hätten die christlichen Gewerkschaften im gewissen Sinne zugestimmt „von einem Wandel in den Kreisen der freien Gewerkschaften ist aber nichts zu spüren. Sie stehen abseits, ablehnend, von altem Mißtrauen erfüllt“. In der Tat stehen die freien Gewerkschaften dem Wunsche, eine Arbeitsgemeinschaft nach den Meinungen der Schwerindustrie zu errichten, sehr skeptisch gegenüber. Nach unserer Meinung ist die Grenze der Sozialpolitik außerordentlich flüchtig. Sie muß aber zumindest da gezogen werden, wo die Arbeitskraft der arbeitenden Bevölkerung gegen willkürliche Ausbeutung geschützt und der Schutz der Gesundheit des arbeitenden Volkes weitgehend gewährleistet ist. Wir wagen zu bezweifeln, daß diese Grenze heute bereits erreicht ist. Nach Meinung der Unternehmer ist sie jedoch weit überschritten. Und im Rahmen dieser beiden Anschauungen werden sich die Kämpfe im neuen Jahre abspielen. In dem bereits erwähnten Neujahrsartikel des „Vorwärts“ kommt der Reichsarbeitsminister Wissell zu folgendem Schluß, dem wir voll zustimmen:

„Die Sozialpolitik darf nicht zum Stillstand oder gar zum Rückschritt führen. Dazu ist die Gesundheit und die Arbeitskraft der arbeitenden Bevölkerung ein zu kostbares Gut. Wenn es 1929 gelungen ist, nicht nur der sozialpolitischen Reaktion einen festen Damm entgegenzusetzen, sondern auch manchen Fortschritt zu erzielen, so ist dies zum guten Teil dem entschlossenen Willen der Gewerkschaften zu verdanken, die eine recht günstige Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen haben. Es ist schon oft ausgesprochen worden, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften eins sind. Solange dieses Wort gilt, kann man der sozialpolitischen Entwicklung getrost entgegengehen.“

# Das Wirtschaftsleben 1929.

II.

## Die Produktion der Schlüsselindustrien.

Als Entlastungsmoment der Wirtschaftsverschlechterung wird die außerordentlich hohe Beschäftigung im Bergbau und in der eisenschaffenden Industrie angesehen. Der Kohlenbergbau hat im Jahre 1929 fast durchgängig eine gute Konjunktur zu verzeichnen gehabt. Im Bergbau war der Beschäftigungsgrad nur bis auf 97,7 je 100 Gewerkschaftsmitglieder gesunken gegen 88,6 der Produktionsgüterindustrien insgesamt. Die nachstehende Übersicht vermittelt ein Bild vom Verlauf der Produktionen in den Schlüsselindustrien:

	Indexziffern				
	Stainkohle	Braunkohle	Roheisen	Rohstahl	Produktionsgüter
	in Millionen Tonnen 1924 = 100				
Januar	13,5	14,8	1,1	1,5	125,4
April	15,4	14,2	1,1	1,4	128,7
Juli	14,4	14,9	1,2	1,5	121,7
Oktober	14,8	16,0	1,2	1,4	126,9
November	—	—	1,1	1,5	—

Die Produktion der vorgenannten Produkte zählt zu den höchsten der Nachkriegszeit. Sie geht sogar über die Ergebnisse des letzten Vorkriegsjahres hinaus. Die Roheisenerzeugung der Vorkriegszeit verhält sich im jetzigen Reichsgebiet zu der gegenwärtigen Erzeugung wie 100 : 119; bei der Steinkohle ist das Verhältnis 100 : 114. Diese Ergebnisse werden mit bedeutend weniger Arbeitskräften erzielt. Hier liegt der Schlüssel zu der hohen Arbeitslosigkeit. Wie die Produktion insgesamt aber gewachsen ist, zeigt die oben mitgeteilte Produktionsindexziffer.

Diesem günstigen Produktionsergebnis in der Rohstoff- und Halbzugindustrie standen andere weit ungünstigere gegenüber. Es würde zu weit führen, hier auch nur die größten Industrien der Fertigverarbeitend aufzuführen. Aber selbst ein so wichtiges Gebiet wie das Baugewerbe konnte 1929 nicht zur Entfaltung kommen, weil empfindlicher Kapitalmangel und andere Umstände dem entgegenstanden. Im November wurden im Baugewerbe noch 71 v. H. Vollbeschäftigte gezählt gegen 81 v. H. 1928. Von den Verbrauchsgüterindustrien stand die Lederwarenindustrie mit 75,4 v. H. im November am tiefsten. Dann folgt die Schuhindustrie mit 76,7 v. H. usw. Die stärkere Ausfuhrfähigkeit reichte bei den meisten Zweigen der Fertigungsindustrie nicht aus, um die Schrumpfung auf dem Inlandsmarkt auszugleichen.

## Warenverkehr und Umsatzentwicklung.

Der auch im Jahre 1929 anhaltende Wachstumsprozess der Wirtschaft hatte auch einen stärkeren Warenbedarf zur Folge gehabt. Dementsprechend sind auch die Umsätze gestiegen. Der Warenumsatz lag ebenfalls auf einer hohen Stufe geblieben. Von 1927 auf 1928 stiegen die gesamten volkswirtschaftlichen Umsätze um 14 bis 15 Milliarden Mk.; von 1928 auf 1929 ist eine Steigerung um nur 1 bis 2 Milliarden Mk. eingetreten. Es hat also eine erhebliche Verlangsamung stattgefunden. Um ein genaues Bild zu erhalten, wollen wir auch hier eine entsprechende Zusammenstellung folgen lassen:

	Reichsbahn		Wochenumsätze der Konsumver. je Mitgl. in Mark.
	Wagengestellung	beförderte Güter	
Januar	129 800	31,8 Mill. t	8,89
April	157 200	37,5 Mill. t	8,90
Juli	156 200	38,7 Mill. t	9,00
Oktober	165 000	42,1 Mill. t	9,79
November	164 900	— Mill. t	9,69

Die arbeitsmäßige Wagengestellung der Reichsbahn hat eine Steigerung erfahren. Auch gegenüber dem Vorjahr ist keine Verminderung eingetreten. Die beförderten Güter zeigen durchschnittlich höhere Ziffern. Die durchschnittlichen Wochenumsätze des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine weisen ebenfalls eine Steigerung auf. Die diesbezüglichen Ziffern lagen über denjenigen des Vorjahres. Die Umsätze des Einzelhandels und des Handwerks wurden vom Konjunkturinstitut im Jahre 1928 auf 50 Milliarden Mk. geschätzt. Für 1929 wird die gleiche Ziffer angenommen. Gestiegen ist der Umsatz von Nahrungs- und Genussmitteln. Dies liegt in dem allgemeinen Zuwachs der Bevölkerung begründet.

## Die Gestaltung des Außenhandels.

Der Außenhandel hat im letzten Jahre eine sehr günstige Entwicklung genommen. Er war in den letzten Monaten aktiv. Eine besonders günstige Entwicklung hat die Ausfuhr von Fertigwaren genommen. Diese stieg von 791 Mill. Mk. im Januar auf 923 Mill. Mk. im Oktober und 851 Mill. Mark im November. Die Einfuhr hat im Jahre 1929 die Vorjahrshöhe nicht ganz erreicht. Die guten Ernten von 1928 und 1929 erlaubten eine Verringerung der Nahrungsmittelfuhr. Die Einfuhr von Rohstoffen und Halbwaren ist hingegen nur wenig zurückgegangen. Die Steigerung der Ausfuhr hat für einzelne Zweige der Wirtschaft den Absatzausfall auf dem Inlandsmarkt teilweise ausgeglichen. Ob auch fernerhin diese Entwicklung anhält ist sehr ungewiß.

## Die Preisbewegung.

Krisen haben in der Regel einen Rückgang der Preise zur Folge. So war es auch im Jahre 1929. Leider ist dies nur bei den freien Rohstoffmärkten in Erscheinung getreten. Wie die nachstehende Zusammenstellung zeigt, sind auf den verbandsmäßig geregelten Rohstoffmärkten noch Preiserhöhungen eingetreten:

## Indexziffern der Großhandelspreise

	Industrielle Rohstoffe und Halbwaren		Industrielle Fertigwaren		Agrarstoffe	
	insges.	freie Preise	geregelte Preise	Produktionsgüter		
	1913 = 100	1926 = 100	1913 = 100	1913 = 100		
1. Viertelj.	134,0	101,2	104,7	137,5	174,1	133,1
2. Viertelj.	132,0	97,9	104,9	138,0	172,4	126,2
3. Viertelj.	131,5	96,9	105,1	139,3	170,9	132,5
4. Viertelj.	130,0	93,4	105,3	139,6	169,1	128,9

Der Großhandelsindex insgesamt betrug im Januar 138,9 und im November 135,5. Der Rückgang der Großhandelspreise für Konsumgüter, so bemerkt das Konjunkturinstitut hierzu, war bis jetzt noch nicht stark genug, um eine Senkung der Lebenshaltungskosten herbeizuführen. Das heißt mit anderen Worten, daß die rückgängigen Großhandelspreise dem Zwischen- und Kleinhandel zugekommen. Die große Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger merkt davon sehr wenig. Auch der Rückgang der Großhandelspreise für Agrarstoffe, der die Landwirtschaft in eine mißliche Lage gebracht hat, wirkt sich auf dem Lebensmittelmarkt nicht aus. Das muß mit aller Entschiedenheit festgestellt werden.

## Lebenshaltungskosten und Löhne.

Die Stundenlohnsätze sind im verflossenen Jahr weiter gestiegen. Doch erfolgte die Steigerung in sehr geringen Ausmaßen. Folgende Zusammenstellung ermöglicht einen Vergleich zwischen der Lohnentwicklung und den Lebenshaltungskosten:

	Stundenlöhne in Pfennig		Lebenshaltungskosten 1913/14 = 100
	gelernte Arbeiter	ungelernte Arbeiter	
Januar	108,1	81,2	153,1
April	108,6	81,8	153,6
Juli	111,0	83,6	153,4
Oktober	111,2	83,7	153,5
November	111,4	83,9	153,0

Das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten soll von 1928 auf 1929 eine Zunahme von rund 1 Milliarde erfahren haben. Wie obige Zusammenstellung zeigt, ist der durchschnittliche Stundenlohn für gelernte Arbeiter um 3 Pf. gestiegen, für ungelernete etwas weniger. Die Lebenshaltungskosten sind ungefähr gleich geblieben. Demnach müßte eine, wenn auch geringe, Erhöhung der Reallohne eingetreten sein. Beachtenswert ist aber, daß die Lebenshaltungskosten nicht den gesamten Bedarf einer Arbeiterfamilie erfassen. Es fehlen u. a. Steuern und soziale Leistungen. Dabei ist der Lebenshaltungsindex auf die primitivsten Bedürfnisse einer Arbeiterfamilie abgestellt. Immerhin können es die Gewerkschaften als einen nicht geringen Erfolg betrachten, daß die Löhne angesichts der wirtschaftlichen Lage nicht nur gehalten, sondern auch erhöht werden konnten.

## Was wird das Jahr 1930 der deutschen Wirtschaft bringen?

Die Aussichten für die deutsche Wirtschaft im neuen Jahre sind nicht besonders rosig. Aber wie wir bereits eingangs bemerkten, sollte endlich an Stelle der tiefen Niedergeschlagenheit ein gewisser Optimismus treten. Die deutsche Wirtschaft hat eine so furchtbare Krise wie den Krieg überstanden. Sie hat die Ruhrbesetzung, die Vermögensschichtung und die Inflation überwunden und ist nachdem zu einer Höhe gelangt, die sich auch kühne Optimisten gar nicht einmal haben träumen lassen. Nun, da die endgültige Regelung der Reparationsfrage in naher Aussicht steht, eine Senkung der Steuern vielleicht in nicht allzu ferner Zeit möglich ist, die ganze Welt tiefen Frieden atmet, eine gedeihliche Zusammenarbeit namentlich der europäischen Staaten wahrscheinlich ist, die Kriegslasten auch im Innern des Landes eine von Jahr zu Jahr steigende Verringerung erfahren, der Zufluß von Auslandskapital in allernächster Zeit wieder in stärkerem Maße beginnen kann — sollte das Problem der deutschen Wirtschaft von kühneren Naturen einmal in ernsthafter Weise angefaßt werden. Die Erhöhung des Sozialprodukts ist das Wesentliche. Alle Voraussetzungen dazu sind unseres Erachtens gegeben. Eine allgemeine Erhöhung des Sozialprodukts wird auch eine Erhöhung des Soziallohnes zur Folge haben. Hoher Soziallohn und gestärkte Massenkaukraft wirkt auf ein stark industrielles Land wie ein warmer Regen auf verdorrten Boden. Wirtschaftskämpfe werden auch in dem begonnene Jahre nicht ausbleiben. Das Problem der Lastenverteilung ist noch nicht gelöst, und weit dem so ist, müssen die Gewerkschaften starke Stöße zu empfangen, aber andererseits auch auszuteilen in der Lage sein.

# Die Entwicklung des deutschen Volkseinkommens.

Die Höhe des Einkommens eines Volkes im Vergleich zu der Einwohnerzahl zeigt den Wohlstand desselben. Vor dem Krieg ist das deutsche Volkseinkommen insgesamt im Zeitraum von vier Jahrzehnten zu einer ansehnlichen Höhe gestiegen. Krieg und Inflation vernichteten nicht nur Teile des Volksvermögens, sondern minderten auch das Volkseinkommen. Das Institut für Konjunkturforschung hat die Entwicklung und die Höhe des deutschen Volkseinkommens kürzlich errechnet:

	in Milliarden Mark			
	1925	1926	1927	1928
Einkommensquellen	3,2	3,3	3,5	3,4-3,6
Landwirtschaft	1,7	1,7	1,4	1,2-1,6
Handel u. Gewerbe	1,2	1,1	1,2	1,2-1,2
Vermittlung und Verpachtung	0,5	0,6	0,7	0,8
Kapitalvermögen	1,4	1,7	2,2	2,8
Renten	1,0	1,2	1,3	1,4
Lohn und Gehalt	37,5	36,2	40,0-40,5	45,0-45,5
Zusammen	54,3	56,5	62,0-62,5	68,0-69,0

Zu den obigen Einkommensquellen werden noch einige Bemerkungen gemacht. Unter der Rubrik „Landwirtschaft“ wird das Einkommen selbständiger Landwirte erfaßt. „Handel und Gewerbe“ zeigen das Einkommen der Unternehmer und Unternehmungen aus demselben. Unter „Kapitalvermögen“ werden Dividenden und Effektenzinsen, ferner Erträge aus Anteilen an Gesellschaften, Hypotheken-, Spar- und Depositenzinsen verstanden. Unter Renten versteht man Einkommen aus Alters-, Unfall-, Invaliden- und Angestelltenrenten. Unter „Lohn und Gehalt“ ist das Gehalt der Arbeiter, Angestellten und Beamten zusammengefaßt. Mit „öffentliche Erwerbseinkünfte“ bezeichnet das Institut Erträge von Reich, Ländern und Gemeinden, aus Erwerbsbetrieben, Grund- und Kapitalvermögen. Die Summe von rund 68 Milliarden Mk. wird als Gesamteinkommen der Privaten angenommen. Seit 1925 ist eine ansehnliche Steigerung erfolgt. Langsamere war der Aufstieg in den beiden letzten Jahren. Schaltet man die Preiserhöhungen aus und rechnet die Nominalzahl des Volkseinkommens auf den Kopf der Bevölkerung um, so ergibt sich folgende Entwicklung: 1925 100, 1926 102, 1927 108, 1928 115, 1929 115. Das Arbeitseinkommen wird von den Konjunkturschwankungen stark beeinflusst. Der Ausfall durch Arbeitslosigkeit wird 1929 auf drei Milliarden Mark geschätzt. Das deutsche Volkseinkommen wird rund 70 Milliarden Mk. betragen. Davon entfällt auf das Arbeitseinkommen nur etwa zwei Drittel. Es ist nicht unbillig, darauf hinzuwirken, daß ein größerer Teil des Sozialprodukts in die Hände der Erwerbstätigen überführt wird.

## Sinkende Weltmarktpreise.

Die am Weltmarkt am meisten gehandelten Standardprodukte waren im abgelaufenen Jahre fast durchweg rückgängig. Von den Lebens- und Genussmitteln sanken die Preise an den Haupt-handelsplätzen von Dezember 1928 auf Dezember 1929 für Schmalz, Chicago 11,0 auf 9,90; Talg, New York 9,25 auf 7,75; Butter, Kopenhagen 3,64 auf 2,98; Kaffee, New York 11,62 auf 9,62; Zucker, New York 2,08 auf 1,87. Soweit Industriestoffe in Frage kommen, entwickelten sich die Preise in dem gleichen Zeitraum folgendermaßen: Baumwolle New York 20,50 auf 17,20; Wolle, Bradford 0,47 auf 0,51; Flachs, Riga 91,00 auf 63,00; Jute, London 32,40 auf 28,00; Zink, London 26,87 auf 20,00; Silber, London 26,25 auf 21,50; Rohöl, New York 3,70 auf 2,90; Rindshäute, London 7,75 auf 5,63 usw. Diese Preissenkungen lassen erkennen, daß der Weltmarkt nur zu ermäßigten Preisen aufnahmefähig war. Wie im Inland, so blieben auch diejenigen Produkte im Preise konstant, die durch Kartelle und Verbände gehalten wurden. Hierzu gehören Eisen, Kupfer und Blei. Auch die Kohlenpreise haben sich gehalten. Durch die rückgängigen Weltmarktpreise wurden auch die deutschen Inlandpreise beeinflusst.

## Die Arbeiterbank gibt Stadtanleihen.

Die Stadt Gelsenkirchen-Buer erhielt von der Arbeiterbank eine Anleihe in Höhe von 5 Millionen RM., die dazu bestimmt ist, eine angefangene Großsiedlung fertigzustellen. Diese Meldung gibt wiederum den Beweis, daß die sozialen Aufgaben der Städte und namentlich der Wohnungsbau durch die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. eifrig gefördert werden. Kommunisten und Nationalsozialisten haben in der Stadtverordnetenversammlung der obigen Stadt gegen die Annahme des Kredits der Arbeiterbank gestimmt. Das ist sehr bezeichnend. Die öffentlichen Körperschaften und namentlich die gemeinschaftlichen Betriebe werden zur Zeit von den Banken systematisch geschränkt. Ein großer Fortschritt würde es sein, wenn die Finanzkraft der Arbeiter, Angestellten und Beamten ausreichen würde, die Gemeinwirtschaft mit dem nötigen Kredit zu versorgen.



# DIE GENOSSENSCHAFT

## Vereinfachung der Wirtschaft.

Die Entwicklungsformen der deutschen Wirtschaft sind durch die Nachwirkungen des verlorenen Krieges, worunter nicht nur die Reparationslasten zu verstehen sind, ganz sichtbar beeinflusst. Der Zusammenschluß vor größten Banken zu den allergrößten und des produzierenden Kapitals in Aktiengesellschaften, sind Rationalisierungserscheinungen, die ohne Rücksicht auf die Umwelt von Arbeitern, Angestellten und Verbrauchern wieder die Kapitalrente in der gleichen Höhe stabilisieren sollen, wie in der Vorkriegszeit. Ist doch die Zahl der Aktiengesellschaften von 11966 im Jahre 1927 auf 11699 im Jahre 1928 gefallen, während gleichzeitig das investierte Kapital von 21542 Mill. Mk. auf 22885 Mill. Mk. gestiegen ist.

Die Produktionswirtschaft sucht aus dem angelegten Kapital herauszuholen, was möglich ist. Es wird vom großen Handelskapital und von den Banken unterstützt. Und die Auswirkungen beginnen sich in der Güterverteilung zu zeigen. Zwar wird der Einzelhandelsumsatz immer noch auf rund 30 Milliarden im Jahre geschätzt, aber davon entfallen auf die Konsumgenossenschaften schon zirka 15 Mill. Mk., nachdem deren Umsatz im Jahre 1928 um 67 Proz. höher ist, als im Jahre 1925. Dazu kommen die Warenhäuser mit ebenfalls nahezu 1500 Mill. Mk. Umsatz, weingleich ihr Umsatz im genannten Zeitraum nur um 24 Proz. zugenommen hat.

Die Konsumgenossenschaften bilden ohne Zweifel heute schon einen äußerst wirksamen Schutz gegen die preissteigernden Tendenzen des Produktions- und Handelskapitals, das in weitem Maße dazu übergegangen ist, die Warenproduktion zu standardisieren und in unzähligen Fabrikmarken abgepackt dem Einzelhandel zu vorgeschriebenen Preisen zu liefern. Der Einzelhandel wird allmählich nur noch zum beauftragten Warenverteiler, zum Agenten der Produktions- und Handelskartelle. Dabei ist der Apparat riesig überzogen. In 625788 Betrieben, die im Jahre 1925 gezählt wurden, waren 1453952 Personen beschäftigt, und auf 101 Menschen entfiel schon ein Betrieb, von 44 Einwohnern ist eine Person im Einzelhandel beschäftigt.

Da tut Vereinfachung not, wenn die Warenverteilung nicht mit allzuhohen, d. h. unwirtschaftlichen Kosten belastet werden soll. Die Konsumgenossenschaften als eine der wichtigsten wirtschaftlichen Erscheinungsformen bilden das Mittel, durch Vereinfachung des Verteilungsapparates die Wirtschaft im allgemeinen und den Verbraucher im besonderen von unwirtschaftlichen Kosten zu befreien und gegenüber den Monopolpreisen des Großkapitals den Verbraucher zu schützen. Während nach der Statistik von 1925 schon auf 101 Personen der Bevölkerung ein privater Einzelhandelsbetrieb entfiel — ein Verhältnis, das sich bei der dauernden Zunahme der Einzelhandelsbetriebe bis zum Jahre 1928 sicherlich noch wesentlich verschlechterte —, kam im Zentralverband deutscher Konsumvereine auf 292 Familien, also 1000 Personen, auch nur eine Warenverteilungsstelle.

Die Konsequenzen hieraus sind klar! Die Lage des Einzelhandels ist äußerst gedrückt und der Kampf gegen die Konsumgenossenschaften wird immer heftiger, weil sie wirtschaftlicher für die Wirtschaft arbeiten, als es der Einzelhandel tun kann. Mit der Beseitigung der Konsumgenossenschaften wäre aber weder für den Einzelhandel, noch für die Wirtschaft und am allerwenigsten für den Verbraucher etwas gewonnen. Denn noch ungehemmter würde die Zahl der Einzelhandelsbetriebe steigen, noch ungehemmter und wilder würde der Konkurrenzkampf der Händler unter sich, und ungehemmt könnte das Produktions- und Handelskapital die Warenpreise dem Einzelhandel und durch diesen dem Verbraucher diktieren. Die Kaufkraft der Löhne und Gehälter würde weiter reduziert und die Volkswirtschaft dadurch im ganzen schlechter als sie je gewesen.

Aus diesen einfachen Tatsachen und ihren logischen Schlußfolgerungen ist unschwer zu erkennen, von welcher außerordentlichen Bedeutung für eine gesunde Volkswirtschaft und die Verbrauchermassen in Stadt und Land die Vereinfachung der Wirtschaft ist, wie sie das System der konsumgenossenschaftlichen Güterverteilung enthält.

## Zündholzmonopol und Konsumgenossenschaften.

Wieder einmal zeigt sich — und zwar unerwarteterweise! —, daß die genossenschaftlichen Verbraucherorganisationen bereits einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Monopolwirtschaft besitzen. Insbesondere wenn und soweit ihre Waren- und Produktionszentrale, Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg, eigene Fabrikunternehmungen besitzt. Dies ist bei der Zündholzfabrikation der Fall, wo die Großverkaufsgesellschaft gleich mit zwei großen Fabriken den Bedarf der genossenschaftlich organisierten Verbraucher decken kann. Was deshalb von Bedeutung ist, weil der schwedisch-internationale Zündholztrust auch in Deutschland sein Monopol bekommen wird, wie es bereits in 40 verschiedenen Ländern der Welt der Fall ist, wo ihm 150 Fabriken zur Verfügung stehen. Aber was nirgends der Fall ist: in Deutschland besteht innerhalb des Monopols das Fabrikations- und Preisbestimmungsrecht der Großverkaufsgesellschaft wie bisher weiter. Nur daß sie auch einen Tribut von 5 Pf. für ein Paket mit 10 Schachteln an das Reich abzuliefern hat. Diese Belastung aus dem Monopol kann nur verstanden werden als eine der verheerenden wirtschaftlichen Kriegsfolgen die im besonderen Ausmaße sich darin zeigen, daß die Reichskasse schon genötigt war, ausländische Kredite mit übermäßigen Zinsen aufzunehmen oder bei den deutschen Kapitalisten eine Anleihe gegen Gewährung von Steuerfreiheit in bestimmten Grenzen, nur um die Beamtengehälter und Staatsarbeiterlöhne zahlen zu können, eine Grundursache des Monopols, welche nicht übersehen werden kann, wenn man auch die schärfste Kritik an seinem Zustandekommen üben möchte. Dieses Monopol hat sich der Zündholztrust mit einer Anleihe von 500 Mill. Mk. zu so günstigen Bedingungen erkaufte, wie sie auch von den „besorgtesten“ nationalen Vaterlandsfreunden der deutschen kapitalistischen Bankwelt nicht zu bekommen gewesen wäre. Davon scheint auch der Reichswirtschaftsrat auszugehen, der in seinem Gutachten das temperierte Zündholzmonopol billigte.

Dazu kommt, wie schon bemerkt, daß die Genossenschaftsfabriken der Großverkaufsgesellschaft in den Produktionsprozess eingeschaltet bleiben und so als Produktions-, Kalkulations- und Preiskontrolle für die Allgemeinheit der Verbraucher wirken, wie es sonst nirgends der Fall ist. Und schon lärmen deutsche Industriellenorganisationen und Groß- und Einzelhandel gegen diese „Bevorzugung“ der Konsumgenossenschaften, welche sinngemäß den alleinigen Schutz der Verbraucher überhaupt bilden. Notabene: Wenn es den deutschen Zündholzfabrikanten hätte gelingen können, ein Produktions- und Preiskartell ohne das Reich zu bilden, so wäre ein solches Privatmonopol, das keine Zustimmung des Staates braucht, dem Reich auch keine Anleihe zu günstigen Bedingungen zu geben hätte, eine weit schlimmere Einrichtung als das Staatsmonopol auf Zeit, welches mit einer genossenschaftlichen Garantiekontrolle den Verbraucherschutz bildet.

Und auch die russische Konkurrenz auf deutschem Markte könnte eines „schönen Tages“ aufhören, wie beim Erdöl- und Beizinkampf der russischen Staatswirtschaft gegen die amerikanischen Monopolmagnaten auf dem englischen und deutschen Markt, wo sich zuletzt die feindlichen Brüder verbänden und gemeinsam den Preis der Ware bis zu einem Mehr von 50 Proz. in die Höhe trieben! Mit 99 gegen 1 ist zu wetten, daß in absehbarer Zeit die russische Staatswirtschaft bei ihrem chronischen und übermäßigen Kapitalmangel sich mit dem Zündholztrust geeinigt hätte. Dann aber vollkommen auf Kosten der deutschen Verbraucher, denen allerdings vom Monopol ein Preis von 30 Pf. pro Paket zugemutet wird, das in Rußland 32 Pf. kostet. Wonach die Einsprüche kommunistischer Protestpolitiker zu werten sind.

Aber, um das Wesentliche noch einmal hervorzuheben: Die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine funktioniert mit ihrer Fabrikations- und Kalkulationskontrolle im künftigen Reichsmonopol der Zündholzfabrikation als Verbraucherschutz — eine Tatsache von volkswirtschaftlicher Bedeutung, die zugleich von besonderer propagandistischer Wirkung für die Weiterentwicklung der Konsumgenossenschaften sein dürfte.

## Konsumgenossenschaftsbewegung in Ungarn.

Wie wir wissen, stehen die Genossenschaften mit sämtlichen Arbeiterorganisationen in Verbindung und sind ein direktes Produkt der gewerkschaftlichen Bewegung der arbeitenden Klassen.

Um so mehr können wir dann sagen, daß die Stärke der Konsumgenossenschaften und ihre

wirtschaftliche Kraft nur dann erhöht werden kann, wenn die arbeitenden Klassen sich in den Gewerkschaften konzentrieren. Der Gewerkschafter als Produzent steht mitten in den großen Genossenschaftsbetrieben. Er bäckt das Brot des Vereins, er produziert die Schuhe und Stiefel für die Genossenschaftsmitglieder, mit einem Wort, er ist der Schaffende und Hersteller der Waren, durch welche das Proletariat sich ein Vermögen ersparen kann, wenn es in der Reihe der Mitkämpfer steht. Als Produzent kann der Gewerkschafter die großen Genossenschaften in jeder Hinsicht zum Stützpunkt der gewerkschaftlichen Politik machen, wie wir das schon durch viele Beispiele gesehen haben. Und zwar ist der Zentralverband Deutscher Konsumvereine dank der Bemühungen der Gewerkschaften ein außerordentlicher Förderer der systematischen Bestrebungen geworden. In jedem Falle müssen nicht nur bei uns, sondern im allgemeinen die Genossenschaftsmitglieder und Gewerkschafter über die Bedeutung der Konsumvereine im klaren sein und sich nicht durch falsche Theorien beirren lassen, sondern sich an die tatsächliche Praxis halten.

Nach allen diesen Tatsachen, so wie wir sie vor uns haben, können sich die Konsumgenossenschaften als ein wichtiges Moment zur Hebung der proletarischen Lebenshaltung erweisen und insofern haben sich die Gewerkschaften und die arbeitenden Klassen an dem Aufbau der Genossenschaften in energischer Form zu beteiligen. Wenn sie das nicht tun, so könnte das ganze wirtschaftliche Leben der arbeitenden Klassen herabsinken und in die Hände des Feindes fallen.

Die ungarischen Konsumgenossenschaften haben fast den gleichlangen Lebenslauf wie die gewerkschaftliche Bewegung. Leider sind die Konsumgenossenschaften durch die soziale Entwicklung, die in Ungarn sich abspielt, heute noch nicht auf der Höhe, auf der sie eben sein sollen. Trotz allem haben die ungarischen Konsumgenossenschaften durch äußerst intensive Arbeit der Arbeiter auch dieses Jahr einen ganz bedeutenden Erfolg erreicht, wie wir es aus dem nachstehend kurz zusammengefaßten Jahresabschluß des „Allgemeinen Budapester Konsumvereins und Umgebung“ leicht ersuchen können. Die Genossenschaften und deren Führer haben viel durch die allgemeine wirtschaftliche Krise dieses Landes durchmachen müssen, zugleich auch durch die weitgehenden Verfolgungen der Regierungspartei, welche in jeder Hinsicht die Konsumgenossenschaften zu behindern versuchte aus dem Grunde, weil sie in diesen einen kolossalen wirtschaftlichen Stützpunkt der arbeitenden Klasse sah. Die Regierung trachtete danach, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auch die Front der arbeitenden Klassen zu durchbrechen und den Arbeitern speziell nach dem Zusammenbruch der proletarischen Diktatur in Ungarn, die Konsumvereine zu verleiden.

Die Arbeiterschaft ist aber ihren alten und bekannten Wirtschaftsvereinen treu geblieben und dank dessen können wir ziffernmäßig feststellen, daß trotz der großen Reaktion, die heute durch die Regierung Horthys betrieben wird, die Konsumgenossenschaften auf der Höhe geblieben sind, und, um ein eklatantes Beispiel vorzuweisen, haben sie im vorigen Jahre mehrere Industrieanlagen und Fabriken gekauft. Nennenswert ist der Erwerb der „Turul“, chemischen Fabrik, und des dazugehörigen Autoparks.

Der Umsatz obengenannter Gesellschaft wies eine ganz beträchtliche Steigerung auf gegenüber dem Jahre 1928; er betrug 17 v. H. Entsprechend ist auch der erzielte Überschub gestiegen. Wenn wir daraus folgern, daß durch den Überschub die Mitglieder eine ansehnliche Dividende erzielen, so müssen wir zugeben, daß es nur der Treue der Mitgliedschaft und der intensiven Arbeit in bezug auf Werbung neuer Vereinsmitglieder zuzuschreiben ist, und daß die arbeitende Klasse das Einsehen gewinnt, daß einzig und allein ihre Interessen nur in der harten Front gegen den ewigen Feind vertreten werden können. Wir können also sagen, die Existenz der Konsumgenossenschaften liegt in den Händen der arbeitenden Klasse. Und so müssen wir alle diese große Idee und Entwicklung unterstützen, welche sich in Ungarn seit dem Jahre 1905 gehoben hat, seit dem großen internationalen Genossenschaftskongreß, der damals in Budapest stattfand.

Vorstehende Zeilen seien nur zum Beispiel angeführt, wie trotz Reaktion und wirtschaftlicher Krise die Arbeiterschaft nicht von ihrer Mitgliedschaft zu diesen Vereinen zurücktrat, sondern um so stärker und intensiver arbeitete und den Erfolg erzielte, der oben mit kurzen Worten geschildert wurde. Es ist klar, daß diese Organisation im Zusammenhang mit der Gewerkschaft in den Händen des Proletariats einst die größte Macht darstellen wird. Der Arbeiter als Produzent steht mit beiden Füßen sowohl in der Gewerkschaft als auch in der Genossenschaft.

# RECHT UND GESETZ

## Die vorherige Ermäßigung der Lohnsteuer.



### Stellt die Anträge für das Jahr 1930.

Die Bestimmung des Einkommensteuergesetzes, daß bei Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse die Lohnsteuerbelastung des Lohnsteuerpflichtigen von vornherein, durch Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags, vermindert werden kann, ist auch heute noch vielen Kollegen unbekannt. Im folgenden sei daher auf diese Bestimmung aufmerksam gemacht.

Der Lohnsteuerpflichtige hat einen Anspruch auf die vorherige Ermäßigung der Lohnsteuer, wenn er durch Unterhalt und Erziehung, einschließlich der Berufsausbildung der Kinder, durch gesetzliche oder sittliche Verpflichtung der Unterhaltung mittelloser Angehöriger, auch wenn sie nicht zur Haushaltung zählen, durch Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung, Unglücksfälle, besonders wirtschaftlich belastet wird.

Auch die Witwe mit minderjährigen Kindern hat Anspruch auf eine vorherige Ermäßigung der Lohnsteuer, wenn ihr durch die Erwerbsarbeit besondere Ausgaben entstehen. Als solche Ausgaben sind, z. B. anzusehen, wenn sie sich eine Hilfskraft für den Haushalt halten muß usw.

Auch auf andere Fälle als auf die hier angeführten, ist die vorherige Lohnsteuerermäßigung möglich. Voraussetzung für die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags ist aber immer, daß durch besondere wirtschaftliche Umstände die Leistungsfähigkeit des Lohnsteuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigt wird.

Will man den Anspruch auf die vorherige Ermäßigung der Lohnsteuer geltend machen, so ist ein diesbezüglicher Antrag bei dem zuständigen Finanzamt schriftlich oder mündlich zu Protokoll zu geben.

Diese Anträge sollen möglichst eingehend begründet werden. Unterlagen wie Zeugnisse, Krankheitsbescheinigungen usw. sind natürlich stets beizubringen bzw. beizulegen.

Wie soll ein schriftlicher Antrag formuliert werden? Hier ein Beispiel:

An das Finanzamt . . . . .

Lohnsteuerabteilung.

Betrifft Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags.

Ich ersuche um die Erhöhung meines steuerfreien Lohnbetrags. Meine Frau ist vollständig gelähmt und daher nicht in der Lage den Haushalt selbst zu führen. Ich bin daher gezwungen, zur Pflege meiner Frau und der Wartung meiner zwei minderjährigen Kinder und zur Führung des Haushalts, eine Wirtschafterin zu halten. Durch diesen Umstand werde ich zu erheblichen Mehrausgaben veranlaßt. Die Bestreitung der Mehrausgaben fällt mir natürlich sehr schwer, da ich nur einen Wochenverdienst von . . . habe. Durch die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags, bzw. des vollständigen Erlasses der Lohnsteuer, würde mir eine wesentliche Erleichterung zuteil werden.

Ein ärztliches Zeugnis über den Krankheitszustand meiner Frau, eine Aufstellung der Ausgaben, die mir durch das Halten einer Wirtschafterin entstehen und eine Bescheinigung über die Höhe meines Verdienstes liegt bei.

Unterschrift, Wohnort, Datum.

Bemerkt sei noch, daß auch Anträge auf Erhöhung der allgemein steuerfrei bleibenden Beträge für Werbungskosten und Sonderleistungen gestellt werden können. Und zwar erfolgt eine Erhöhung dieser Beträge, wenn der Arbeitnehmer nachweist, daß seine Werbungskosten und Sonderleistungen zusammen den Betrag von 40 RM., der monatlich hierfür festgesetzt ist, übersteigen.

Zu den Werbungskosten gehören die notwendigen Ausgaben des Lohnsteuerpflichtigen, die durch die Fahrt zwischen Wohnung und der Arbeitsstelle, durch die Aufwendungen für Arbeitsmittel (Werkzeug und Berufskleidung) entstehen. Und zu den Sonderleistungen gehören die Ausgaben für Beiträge, die der Steuerpflichtige für sich und seine nicht selbstständig veranlagten Haushaltsangehörigen zur Kranken-, Unfall-, Angestellten-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung, Waisen-, Pensions- und Sterbekassen, Versicherungsprämien, Spareinlagen (sofern die Rückzahlung des Kapitals nur den Todesfall oder für den Fall des Ablebens innerhalb einer Zeit von nicht weniger als zwanzig Jahren vereinbart ist) zu leisten hat. Zu den Sonderleistungen gehören weiter Ausgaben für die Berufsbildung, Kirchensteuern, Verbandsbeiträge usw.

Wird ein Antrag auf Erhöhung der Sonderleistungen und der Werbungskosten gestellt, so ist der Antrag ähnlich zu formulieren wie der obige. Auch bei diesen Anträgen ist zu empfehlen genaue Unterlagen beizulegen.

Die Erhöhung des allgemein steuerfreien Lohnbetrags schließt die Erhöhung der Werbungskosten und Sonderleistungen nicht aus, wenn eine solche Erhöhung begründet ist.

Wird vom Finanzamt dem Antrag auf Erhöhung der allgemein steuerfreien Lohnsumme und der Sätze, bzw. der Sätze für Werbungskosten und Sonderleistungen stattgegeben, so wird ein dementsprechender Vermerk auf der Steuerkarte eingetragen.

Ist eine Erhöhung bewilligt worden, so wird sie nur für eine bestimmte Zeit bewilligt, auf ein viertel oder halbes Jahr, nie aber über das laufende Kalenderjahr hinaus. Nach Ablauf der Dauer für die Ermäßigung kann ein neuer Antrag auf Erhöhung der steuerfreien Lohnsumme gestellt werden.

Will man baldmöglichst in den Genuß der vorherigen Ermäßigung kommen, so ist der Antrag für 1930 baldigst zu stellen.

Werden die Anträge auf vorherige Ermäßigung der Lohnsteuer abgelehnt, so braucht sich der Lohnsteuerpflichtige damit nicht zufrieden zu geben. Er kann Beschwerde beim zuständigen Finanzamt einlegen.

Jedem Arbeitnehmer ist zu empfehlen, von seinem Recht, der vorherigen Lohnsteuerermäßigung, Gebrauch zu machen. Es entstehen ihm daraus nur wirtschaftliche Vorteile. Lz. P.

## Die Tätigkeit unserer Betriebsräte.



„Allen Menschen recht getan,  
Ist eine Kunst, die niemand kann!“

Diese geflügelten Worte treffen in ihrer ganzen Bedeutung auch auf die Betriebsräte zu. Das Betriebsratsamt ist nicht leicht. Der Betriebsrat soll die Interessen der Belegschaft, aber auch die des Betriebes wahrnehmen. Denn das Betriebsrätegesetz enthält einen wichtigen programmatischen Punkt: Der Betriebsrat soll ein Mitarbeiter am Betrieb, soll sozusagen Mitarbeiter des Unternehmens sein. Diese programmatische Formulierung ist der Ansatz zu einer Wirtschaftsdemokratie, mit deren Erköpfung wir uns seit dem Hamburger Gewerkschaftskongreß theoretisch beschäftigen. Wenn jedoch die Betriebsräte nach übereinstimmendem Urteil heute noch fast völlig gehindert werden, im betrieblichen Produktionsprozeß ein Wort mitzureden, dann ist dies natürlich nicht die Schuld der Betriebsräte, sondern Schuld der Struktur unserer Wirtschaftsverfassung. Wenn darum unsere Betriebsräte an jene programmatischen Aufgaben noch nicht herangetreten sind, dann haben sie doch auf anderen Gebieten vorerst noch Gelegenheit genug, um die wirtschaftlichen, sozialen Interessen ihrer Auftraggeber gegenüber den Unternehmern wahrzunehmen.

Wie diese wirtschaftliche Interessenvertretung von den Betriebsräten ausgeübt wird, zeigen uns die Urteile der Gewerbeaufsichtsberichte.

Im Bericht für den Regierungsbezirk Arnberg heißt es: „Die Betriebsvertretungen, namentlich in Großbetrieben, waren im allgemeinen redlich bemüht, bei der Regelung der Arbeitsbedingungen rege mitzuarbeiten“. Der Berliner Bericht: „Im allgemeinen kann ein allmählich besser werdendes Verständnis der Betriebsvertretungen für ihre Aufgaben auf dem Gebiete des Arbeitszeit- und Arbeitsvertragsschutzes festgestellt werden“. Der bayerische Bericht sagt: „Bewährt haben sich die Betriebsräte vor allem in den großen Betrieben und namentlich dann, wenn sie möglichst wenig wechseln, also Zeit haben, sich mit ihren Aufgaben genügend vertraut zu machen“.

Aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten gewinnt man den Eindruck, daß die Mehrzahl der Betriebsvertretungen bemüht ist, die Interessen ihrer Mandatgeber, die auf dem Gebiete der Kündigungs-, Stillelegungs-, Lohn-, Arbeitszeit- und ähnlicher Fragen liegen, durch ihr Wirken günstig zu beeinflussen. Allerdings könnte die Arbeit von manchen Betriebsräten, bzw. Betriebsobmännern, besonders in den kleineren und mittleren Betrieben, energischer angepackt werden. Die Gewerbeaufsichtsberichte sagen ganz richtig:

„Es wurde aber auch andererseits beobachtet, daß manche Betriebsvertretungen ihre Aufgabe noch nicht richtig erfaßt haben. So haben Betriebsräte ihr Einverständnis zur Ableistung ungesetzlich langer Arbeitszeiten gegeben. Wiederholt haben sie auch, um den Sonnabend als Wochentag frei zu halten oder auch die tägliche Aufenthaltszeit der Belegschaft in den Betrieben möglichst abzukürzen, von den Betriebsleitungen den gesetzlichen Bestimmungen entgegenstehende Regelungen der Arbeitszeit gefordert, so auch hinsichtlich der Pausen für jugendliche oder weibliche Arbeitnehmer“. (Arnberg.)

„Auch hatten Betriebsräte gegen übermäßige Überarbeit, auch solche über 10 Stunden täglich,

mits einzuwenden und mußten erst von der Gewerbeaufsichtsbehörde belehrt werden“. (Berlin.)

Zu den Aufgaben des Betriebsrates gehört es aber nicht nur, die Interessen ihrer Mandatgeber auf dem Gebiete des Arbeitsvertragsrechts usw., sondern auch die Interessen, die sich aus dem Arbeitsschutz ergeben, wahrzunehmen. Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten sagen dazu: „Die Betriebsräte unterstützen auf dem Gebiete der Unfallverhütung und Förderung durch praktische Anregungen die Behörden“. (Dortmund.) Im Arnberger Bericht heißt es: „Die Betriebsräte sind redlich bemüht, bei der Unfallverhütung und Förderung des Arbeitsschutzes rege mitzuarbeiten“. Der württembergische Bericht sagt: „In größeren Betrieben treten sie vielfach mit Wünschen und Fragen an den Aufsichtsbeamten heran, die gutes Verständnis für ihren Aufgabenkreis und die Sache selbst sowie das Streben nach voller Ausfüllung ihrer Stellung verriet“. Und der hessische Bericht sagt: „Im Aufsichtsbezirk Darmstadt konnte ein gesteigertes Interesse und zum Teil rege Mitarbeit insbesondere auf dem Gebiete der Unfallverhütung festgestellt werden. Manche wertvolle Anregung gab Veranlassung zur Verbesserung“. Auch der sächsische Bericht meldet: „Die Anteilnahme der Betriebsvertretungen an Fragen des Arbeitsschutzes, namentlich in großen Betrieben, hat wieder erfreuliche Fortschritte gemacht“. Und zum Schluß aus dem Bericht von Bayern: „Die Betriebsräte bringen auch dem Betriebsschutz immer mehr Interesse entgegen“.

Es gibt allerdings auch Betriebsräte, die die Bedeutung des Arbeitsschutzes für die Arbeiterschaft noch nicht erkannt haben. Andernfalls wäre es nicht möglich, daß manche Betriebsratsmitglieder große Gleichgültigkeit gegenüber Fragen des Unfall- und Gesundheitsschutzes zeigen. So ist z. B. nach dem Düsseldorf Bericht, von Betriebsräten gegenüber den Gewerbeaufsichtsbeamten der Standpunkt vertreten worden, daß es nicht Sache des Betriebsrates sei, die Gewerbeaufsichtsbeamten auf Mißstände aufmerksam zu machen. Es sei vielmehr Sache des Beamten, diese zu finden! Die Gewerbeaufsichtsberichte sagen übereinstimmend, daß dort, wo „einer oder mehrere Betriebsräte den Unfall- und Gesundheitsschutz als Spezialfach zu bearbeiten haben, die wertvollste Arbeit geleistet würde“.

Wohl zeigen sich in der Arbeit der Betriebsräte noch Mängel über Mängel, doch trotzdem leisten sie, im ganzen gesehen, bereits gutes, und sie werden von Jahr zu Jahr noch mehr und besseres leisten, da sie immer mehr Erfahrungen sammeln und durch die Belehrung in den gewerkschaftlichen Vorträgen, Kursen und Schulen das geistige Rüstzeug für ihre praktische Tätigkeit erhalten. Fehler und Schwächen können nur beseitigt werden, wenn alle an der Lösung der gestellten Aufgaben mitwirken durch die Unterstützung der Arbeit unserer Betriebsratsmitglieder.

## Regreßanspruch der Reichsanstalt.



Zur Sicherung der Reichsanstalt gegen unzulässigen Bezug der Arbeitslosenunterstützung durch Rentempfänger ist der Reichsanstalt ein unmittelbarer Regreßanspruch gegen den Arbeitslosen eingeräumt worden in der Form, daß sie ihrerseits für die zuviel gezahlten Beträge einen Ersatzanspruch gegenüber der zur Renten- oder Pensionszahlung verpflichteten Stelle geltend machen kann. Der Anspruch des Arbeitslosen auf die Rente oder Pension geht also kraft Gesetzes insoweit auf die Reichsanstalt über, als diese ihm zuviel Arbeitslosenunterstützung gewährt hat. Dabei ist ein Unterschied zu machen zwischen den rückständigen Renten und Pensionen, die dem Arbeitslosen für die gleiche Zeit zustanden, für die er die ungekürzte Arbeitslosenunterstützung erhalten hat, und jenen, die ihm erst für die weitere Zukunft zustehen. Auf die ersteren darf nämlich die Reichsanstalt in voller Höhe, auf die letzteren nur bis zu ihrer Hälfte zurückgreifen. Macht die Reichsanstalt einen Ersatzanspruch geltend, so ist die zur Renten- oder Pensionszahlung verpflichtete Stelle verpflichtet, die Beträge in Höhe der zuviel gezahlten Arbeitslosenunterstützung an das Arbeitsamt abzuführen. Hat bereits Auszahlung stattgefunden, so ist entgegen der sonstigen Unpfändbarkeit dieser öffentlich-rechtlichen Bezüge Pfändung möglich.

In Streitfällen entscheiden, soweit es sich um Renten der Sozialversicherung handelt, die Spruchausschüsse der Versicherungsämter, Spruchkammern der Obergewerksämter und Spruchsenate des Reichsversicherungsamtes. Bei von anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften gewährten Bezügen entscheiden die diesen Körperschaften vorgesetzten Dienstaufsichtsbehörden. Dagegen können weder die Arbeitsgerichte noch die ordentlichen Gerichte wegen dieser Streitigkeiten in Anspruch genommen werden.



# 50 JAHRE TREUE UND KAMPF!

**D**ie Zahl der Kollegen, die 25 Jahre lang dem Verbands die Treue hielten und der freien Gewerkschaftsbewegung zur Erringung eines besseren Daseins ihre Kräfte liehen, wird von Jahr zu Jahr größer. Nicht zuletzt liegt in dieser Treue zu den Bestrebungen der freien Gewerkschaften die Gewißheit begründet, daß die gesteckten Ziele erreicht und Lebensmöglichkeiten geschaffen werden, die den Menschen wirklich Mensch sein lassen. Und so ist wahr geworden, was den Senioren der Gewerkschaftsbewegung vorschwebte: *Strebe zum Ganzen; und kannst du selbst kein Ganzes werden, als dienendes Glied an ein Ganzes schließe dich an!*

Auch unser Verband kann einige Vorkämpfer der freien Gewerkschaften zu seinen Mitgliedern zählen, obwohl er erst 1891 gegründet wurde. Wie überall im modernen Leben, galt auch in der freien Gewerkschaftsbewegung das Gesetz der Konzentration der Kräfte. Im Juli 1920 vollzog der Deutsche Notenstecher-Gehilfenverband und im Januar 1921 der Deutsche Xylographen-Verband seinen Anschluß an unsere Organisation. Beide Verbände konnten trotz der Bismarckschen Verfolgungswut aller Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse ihren Zielen weiter leben und sich durch die Zeit des Sozialistengesetzes hindurchwinden. Und so kommt es, daß wir heute 10 Kollegen dieses Ehrenmal setzen können, die 50 Jahre und länger der freien Gewerkschaftsbewegung die Treue hielten.

Von den 10 Jubilaren mit 50 und mehr Jahren Mitgliedschaft sind 9 Notenstecher, die in Leipzig ihren Sitz haben; ein Kollege, der in Nürnberg sein Domizil hat, zählt heute zur Gruppe der Chemigraphen und war ehemals Xylograph. Diese 10 Kollegen sind:

CANITZ, Anton, Notenstecher, Leipzig, Invalide seit 24. 7. 29, ist bereits organisiert seit 15. April 1878.

FISCHER, Gustav, Notenstecher, Leipzig, Invalide seit 11. 9. 27, organisiert seit 15. April 1879.

GERHARDT, Adolf, Notenstecher, Leipzig, ist bereits organisiert seit 1. April 1878.

GRÄFE, Paul, Notenstecher, Leipzig, Invalide seit 18. 4. 26, ist bereits organisiert seit 15. April 1878.

LINDEMANN, Robert, Chemigraph, Nürnberg, Invalide seit 20. 9. 29, ist bereits org. seit 1. August 1875.

LINDNER, Heinrich, Notenstecher, Leipzig, Invalide seit 1. 1. 28, ist bereits org. seit 25. Septbr. 1876.

MÜLLER, Karl, Notenstecher, Leipzig, Invalide seit 4. 9. 21, ist bereits organisiert seit 1. Juni 1877.

REINHOLD, Paul, Notenstecher, Leipzig, Invalide seit 25. 7. 26, organisiert seit 1. Oktober 1879.

SCHUBERT, Hermann, Notenstecher, Leipzig, Invalide seit 12. 9. 26, ist bereits organis. seit 1. Juni 1872.

TRÄNKNER, Heinrich, Notenstecher, Leipzig, organisiert seit 1. Januar 1880.

50 Jahre und länger im Dienste der freien Gewerkschaftsbewegung! Wahrlich: Eine Bewegung, die solches verzeichnen kann, ist unüberwindlich und muß ihr Ziel erreichen! Das ist die Lehre, die wir Jüngeren aus diesem Jubiläum ziehen wollen. Wir wollen unseren Vorkämpfern aber auch Dank sagen für das Beispiel an Treue, Opferfreudigkeit, Solidarität und Disziplin. Sie haben uns den Weg bereitet, den wir gehen und sie haben die Erfolge der Bewegung angebahnt, die wir in die Scheuern bringen konnten. Wir tragen deshalb nur einen Teil der Schuld ab, wenn wir solidarisch helfen, den inzwischen zum Teil invalid gewordenen Jubilaren das Leben zu erleichtern. In unserer freien Gewerkschaftsbewegung soll gelten: Jeder findet Schutz, der dessen bedarf. Und neben Dank und Anerkennung, was der Dichter singt:

Ein halbhundert Jahre schwanden hin,  
seit ihr zur Kampfeswahlstatt euch gestellt.  
Ihr ranget noch mit einer ganzen Welt  
und unter euren Augen sank sie hin.  
Wir aber zehren von der goldenen Frucht,  
die ihr uns in den Schoß warft, ungesucht!

Dank eurer Kraft, Dank eurem Arbeitsmut!  
Tarif, Achtstundentag — ihr schufet sie.  
Ihr bracht der Geldmacht schwere Despotie  
und schenket uns des freien Abends Gut!  
Ihr habt den Morgenwecker umgestellt,  
der euch noch in der Nacht ins Ohr gellt!

An uns ist es, zu halten, was ihr habt,  
das wollen wir und das versprechen wir.  
Auch weiterkämpfen sei uns schönste Zier,  
so zwingen wir, was ihr bezwungen habt.  
Wir ackern das von euch gedüngte Land  
und unsere Ernte fall' in eure Hand!

## DER VERBANDSVORSTAND

### Solidarität.

Dem Gewerkschaftskämpfer ist Solidarität kein leerer Begriff. Er weiß genau: Ohne Solidarität wäre sein Streben, mehr Harmonie in das menschliche Erdendasein zu tragen, ohne Aussicht auf Erfolg. Denn der einzelne, mag er noch so stark und tüchtig sein, ist ein Nichts im Chaos der entfesselten Wirtschaftskräfte kapitalistischer Produktion. Erst im Zusammenschluß mit Gleichgesinnten werden die Gegenkräfte wirksam, die tatsächlich auch etwas ausrichten können. Daher unsere freien Gewerkschaften, daher aber auch ihre ständige Mahnung: Seid einig, einig, einig!

Aber nicht nur im Kampf mit dem Gegner gilt gewerkschaftliche Solidarität. Sie zeigt sich auch im schönsten Lichte, wenn es dem einzelnen Mitkämpfer zu helfen gilt. Nur zu schnell greift bittere Not oft tief ins Arbeiterleben ein. „Bist du Gottes Sohn, dann hilf dir selbst“, sagen die andern, die zu helfen in der Lage wären und tun nichts. Wohl ist durch die Sozialgesetzgebung manche Sicherung für die Arbeiterschaft durch die Arbeiterschaft erzwungen worden, aber noch reicht der Schutz nicht aus. Da hat die Solidarität der

Gewerkschafter eingegriffen und vorbildliches geschaffen. Die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften werden zwar auch heute noch hin und wider angegriffen, aber ihr Segen ist handgreiflich und schöner Ausdruck geübter Solidarität. Deshalb noch Aufbau und kein Abbau dieser Einrichtungen.

Besonders die Invalidenunterstützung, die in unserem Verbands schon lange geschätzt wurde, hat eine starke Anerkennung der anderen Gewerkschaftsverbände gefunden. Damit kommt zum Ausdruck, daß auch den alten treuen Gewerkschaftskämpfern solidarisch beigestanden werden soll. Wir dürfen stolz darauf sein, daß in unserem Verbands das schon seit Jahrzehnten geschieht. Die alten Kollegen, die oft ein Menschenalter im Kampfe um bessere Lebensbedingungen gestanden und das Bett bereitet haben, in dem wir liegen dürfen, haben mehr wie reichlich verdient, daß die stets von ihnen gewährte Solidarität auch ihnen gilt. Und sie gilt ihnen! Das dürfen wir mit Stolz sagen. Und sie gilt allen! Auch das dürfen wir sagen. Und es soll auch weiterhin gelten:

*Solidarität!*

### Sammler der „Graphischen Presse“.

Wie bisher die verschiedenen Jahre, soll auch dieses Jahr das Inhaltsverzeichnis der „Graphischen Presse“, Jahrgang 42, 1929, nur an die Leser kostenlos abgegeben werden, die ein besonderes Interesse dafür bekunden. Die ganze Auflage durchzudrucken wäre Verschwendung, die nicht zu rechtfertigen ist. Es werden also vom Inhaltsverzeichnis nur soviel Exemplare gedruckt, als Interessenten dafür vorhanden sind. Da jetzt der Satz des Inhaltsverzeichnisses begonnen ist, muß diese Meldung erfolgen. Und zwar bis zum 25. Januar 1930 bei Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8. Wer also ein Inhaltsverzeichnis der „Graphischen Presse“ vom Jahrgang 1929 haben will, setze sich hin und schreibe umgehend eine Postkarte an obengenannte Adresse. Spätere, nach dem 25. Januar eingehende Wünsche können nicht erfüllt werden! Jeder Leser, der auf ein solches Inhaltsverzeichnis Wert legt, möge deshalb rechtzeitig schreiben, damit seinem Wunsche auch Genüge getan werden kann.

## Rundschau.

### Arbeiterurlaub in Deutschland und in anderen Ländern.

Die Übersicht, die das Internationale Arbeitsamt im Heft 12 der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ über „Löhne und Arbeitszeit in den Steinkohlenbergwerken“ gibt, vermittelt auch ein Bild von dem Arbeiterurlaub in den Bergwerksbetrieben der verschiedenen Länder. Für Deutschland wird die Summe von 28,7 Mill. RM. zum Zwecke der Urlaubsabgeltung angegeben. In Frankreich, Belgien und Großbritannien wird eine Urlaubsabgeltung nicht gewährt. Für die Tschechoslowakei werden 16,1 Mill. Kr. oder 1,9 Mill. RM. in Anrechnung gebracht. In Holland beträgt die Summe 724 000 Fl. = 1,2 Mill. RM., 6,7 Mill. Zl. oder 3,1 Mill. RM. erhalten die polnischen Bergarbeiter als Urlaubsentschädigung. Im Saargebiet werden 13,8 Mill. Fr. oder 2,2 Mill. RM. für den Arbeiterurlaub in Ansatz gebracht. In den gesamten europäischen Ländern des Steinkohlenbergbaues wurde mithin nur der dritte Teil der Summe für Arbeiterurlaub aufgewandt als in Deutschland. Die deutschen Gewerkschaften können auf diese Errungenschaft stolz sein. Sie haben das Prinzip der bezahlten Arbeiterferien in den Steinkohlenbergwerken am ausgeprägtesten zum Siege verholfen. Leider wird das von den deutschen Arbeitern selbst in der Regel wenig anerkannt.

### Leistungssteigerung überall.

Die vom Internationalen Arbeitsamt herausgegebene „Internationale Rundschau der Arbeit“ bringt im Dezemberheft 1929 eine lehrreiche Übersicht über „Löhne und Arbeitszeit in den Steinkohlenbergwerken“. Eine Zusammenstellung über die Durchschnittsförderleistung eines Arbeiters im Jahre 1927 zeigt eine nicht unwesentliche Leistungssteigerung in allen europäischen Ländern. Das Jahr 1925 gleich 100 genommen, betrug die tägliche Durchschnittsförderleistung der Untertagearbeiter 1927 in Polen (Bezirk Oberschlesien) 125, in Holland 124, in Deutschland (Ruhrgebiet) 117, in der Tschechoslowakei 115, in Großbritannien 113, im Saargebiet 107, in Belgien 106 und in Frankreich 105. Wie die mitgeteilten Zahlen zeigen, marschiert Polen an der Spitze. Dann folgt Holland, Deutschland usw. Die Förderleistung ist überhaupt am höchsten in Polen. Auf der anderen Seite sind die Löhne dortselbst am niedrigsten. Die relative Höhe der Durchschnittsverdienste der Untertagearbeiter betrug 1927, wenn diejenigen Englands gleich 100 gesetzt werden, in Holland 82, in Deutschland (Ruhrgebiet) 75, in Frankreich 54, in der Tschechoslowakei 51, in Belgien 48 und in Polen 37. Der polnische Bergarbeiter hat lange nicht die Hälfte dessen, was der Deutsche und kaum den dritten Teil dessen, was der englische Bergarbeiter verdient. Das Bild ändert sich aber, wenn die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung hinzukommen. Dann rangiert Deutschland hinter England. Als wichtiges Moment ist jedoch festzustellen, daß die Leistungen im Zeitraum zweier Jahre in allen Ländern nicht unwesentlich gestiegen sind.

### Anrechnung der Kriegrenten auf Arbeitslosenunterstützung.

Als 1929 der Gedanke auftauchte, das Arbeitslosenversicherungsgesetz so zu ändern, daß die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung gesenkt werden konnten, war es die Deutsche Volkspartei, die den Antrag im Reichstag einreichte, sämtliche Kriegrenten bis auf einen Betrag von 15 RM. monatlich auf die Arbeitslosenunterstützung anzurechnen. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen wandte sich sofort gegen diese Maßnahme, die u. a. auch vom Ehrenvorsitzenden des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter, dem volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Thiel, unterzeichnet war. Das Vorgehen des Reichsbundes hatte Erfolg. Der neue § 112 a des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung schließt die Kriegrenten von der Anrechnung aus. Die Unklarheit, welche Renten als auf Kriegsdienstbeschädigung beruhend anzusehen sind, vom Reichsarbeitsministerium durch einen Erlaß vom 8. November 1929 beseitigt. Auf einer Kriegsdienstbeschädigung im Sinne des Abs. 2 Nr. 1 des § 112 a A.V.A.V.G. beruhen nach

diesem Erlaß Renten und Beihilfen, die unmittelbar auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes einschließlich der Versorgung im Härteausgleich (für Geisteskranke und nach § 113 des Reichsversorgungsgesetzes) sowie auf Grund des Altrentengesetzes, wenn die Dienstbeschädigung während der Teilnahme an einem Kriege oder einer kriegerischen Unternehmung erworben ist sowie auf Grund des § 2 des Kriegspersonalschädigungsgesetzes gewährt werden. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten teilt dazu mit, daß derjenige Rentenempfänger, der Arbeitslosenunterstützung beantragt, seinem zuständigen Arbeitsamt anzeigen muß, daß er Rentenbezieher nach den obengenannten Vorschriften ist. Der Versorgungsberechtigte als auch das Arbeitsamt können von dem zuständigen Versorgungsamt eine entsprechende Bescheinigung, daß der Antragsteller Rentenempfänger ist, verlangen. Die Anrechnung der Renten bei der Arbeitslosenunterstützung unterbleibt nur, wenn dem Arbeitsamt die Bescheinigung des Versorgungsamtes vorliegt.

### Eine vernünftige Ansicht.

Die „Ind.-u. Handelsztg.“ hatte an größere Industriefirmen eine Rundfrage über ihre Neujahrswünsche bezüglich der Steuer- und Sozialpolitik gerichtet. Die meisten befürworteten entschieden den Abbau der Sozialpolitik. Nur eine Antwort, die der Gebr. Junghans AG. bewegt sich in einer vernünftigen Richtung. Wir geben sie ohne Kommentar wieder: „Eine Einschränkung sozialer Fürsorgemaßnahmen könnte nur vorsichtig vorgenommen werden, weil durch die allgemeine Verarmung die gegenseitige persönliche Hilfe bei Krankheit usw. sehr schwer möglich ist. Das Prinzip des heutigen Aufbaues, daß die Gesamtheit für einzelne Unglücksfälle eintritt, ist vorläufig noch sicherer als die Beschränkung auf eigene Sparsamkeit, denn bei dieser werden einzelne Familien zwar besser wegkommen, wenn sie von Unglück verschont werden, die anderen aber um so eher der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen.“

### Wer will sich an einer

### Reise nach Amerika beteiligen?

Das Studienreisekomitee der Wiener Bildungszentrale veranstaltet im Juli 1930 eine Studienfahrt nach Nordamerika. Die Reise wird in drei Gruppen geführt und schließt den Besuch von New York, Philadelphia, Washington, Detroit, Niagarafälle, Chicago usw. ein. Wer über dem Ozean Verwandte oder Bekannte besuchen will, wer sich ein Bild von der riesenhaften technischen Entwicklung der „Neuen Welt“ machen will, verlange den „Reiseprospekt 1930“, der gegen Einsendung von 50 Groschen (30 Pf.) in Briefmarken vom Studienreisekomitee, Wien V, Rechte Wienzeile 95, zugeschiedt wird.

### Aus der Sterblichkeitsstatistik.

Wie notwendig eine Lebensversicherung in jeder Familie ist, beweist ein Blick in die Sterblichkeitsstatistik. Nach der deutschen Reichssterblichkeitsstatistik 1924/26 stirbt von allen 30jährigen Männern bis zum Alter von 35 Jahren jeder 49., von 40 Jahren jeder 23., von 50 Jahren jeder 9., von 60 Jahren jeder 4. Die wertigste Bevölkerung verfügt nicht über größere Ersparnisse. Bittere Not kehrt darum fast in allen Familien ein, wo der Ernährere seinen Angehörigen entrisen wird. Viele glauben allerdings, unter Hinweis auf ihre gegenwärtige gute Gesundheit den Abschluß einer Lebensversicherung ablehnen zu können. Daß diese Einstellung durchaus falsch ist, lehrt jeder Tag auf neue. — Für die Arbeitnehmerschaft kommt bei dem Abschluß von Lebensversicherungen nur die Volksfürsorge, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, in Frage, die in allen größeren und zahlreichen kleineren Orten Vertretungen hat. Sind diese nicht bekannt, wende man sich direkt an den Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5, An der Alster 58/59.

### Vom Büchertisch.

**Verbrüderung.** Ausgewählte Dichtungen von Ernst Toller. Ausgewählt und mit einer Einleitung versehen von Walther G. Oschilewski. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Kart. 90 Pf., Halbleinen 1,50 RM.

Mit der Aufnahme des vorliegenden, auch in buchgewerblicher Beziehung geschmackvoll ausgestatteten Auswahlbundes Tollerscher

Dichtungen in die „Reihe der deutschen Arbeiterdichter“ hat sich der Arbeiterjugend-Verlag ein ganz besonderes Verdienst erworben. Faßt man unter Arbeiterdichtung vornehmlich die Sonderheit einer von der zünftigen Kritik arg vernachlässigten Literaturgattung zusammen, so will es uns erscheinen, daß der junge Revolutionär und sozialistische Dichter Ernst Toller nicht recht unter diesen Begriff einzuordnen ist. Sein Name ist in der ganzen Welt bekannt, seine Bücher sind in viele europäische und außereuropäische Sprachen übersetzt, seine Dramen wurden in Amerika, Japan, Australien, England, Frankreich und Italien aufgeführt. Toller hat wenig andere in seinen Dramen und Gedichten Leid und Zweifel, Kampf und Glauben des Proletariats zum Ausdruck gebracht und vielen erst einmal die Augen geöffnet. Das vorliegende Auswahlbuch, von Walther G. Oschilewski, einem Freunde des Dichters, bearbeitet und mit einer instruktiven, die politische und künstlerische Entwicklung des Dichters nachzeichnenden Einleitung versehen, enthält Gedichte und Szenen, die ein wohlgerundetes Bild von der Gesamtpersönlichkeit geben. Darüber hinaus hat diese Auswahlstellung einen praktischen Wert: sie will den Arbeiter- und Jugendveranstaltungen geeignetes, leicht zugängliches Material bieten. Dieser Nützlichkeitsstandpunkt, der vom Herausgeber bewußt in den Mittelpunkt seiner Arbeit gestellt wurde, ist nicht zu beäuen. Erst er ermöglicht, den Dichter Ernst Toller in den anlehnenden Kreis größerer Arbeiter- und Jugendmänner zu ziehen. Und darauf kommt es an. Mögen Feuer und Geist, Glaube und Kampfbewußtsein, die aus diesem Bündchen flammen, in die Herzen und Hirne des ganzen Proletariats und seiner Jugend überschlagen.

**Das Mondtal.** Ein neuer Roman von Jack London. Volksausgabe Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5.

Nach einigen Bänden Erzählungen überraschen die Herausgeber der Gesamtausgabe der Jack-London-Bücher jetzt mit einem neuen Roman dieses unerhörten produktiven und phantasiebegabten Schriftstellers. Der Roman „Das Mondtal“ umfaßt zwei stattliche Bände. Im Mittelpunkt des Geschehens stehen zwei junge Menschen, eine Plätterin und ein junger Arbeiter, der eine zeitlang Boxer war, dann aber aus Ekel vor der Sensationsmacherei, die diesen Sport vergiftet, umsattelt und Kutscher wurde. Die beiden lernen sich auf einem Tanzvergnügen kennen, finden sich glänzend zusammen und werden bald Mann und Frau. „Flitterwochen kennt die arbeitende Klasse nicht“, beide machen sich ihren Weg durch das harte Dasein bahnen, aber ihre Liebe bleibt ewig jung. Die wirtschaftlichen Sorgen nehmen zu, als ein heftiger Streik gegen den fortwährenden Lohnabbau Stellung nimmt. Es kommt zu blutigen Zusammenstößen, und der junge Ehemann wird von den Machthabern auf einen Monat ins Gefängnis gesperrt. Das Klassenbewußtsein in den beiden jungen Menschen ist schwächer als ihre von ihren Eltern vererbte Sehnsucht nach dem Lande. Und so ziehen sie eines Tages aus San Francisco fort, zu Fuß wie ihre Vorfahren im Herzogtum eine unklare Verfüßung das Tal zu finden, in dem sie die Erfüllung ihrer Wünsche ernten wollen. Dieses Tal scheint es nur auf dem Monde zu geben. Aber nach langer abenteuerlicher und romantischer Wanderung finden sie ihr Mondtal und erobert sich ihr Glück. — Bei einem anderen Schriftsteller als Jack London wäre dieses Romanfabel eine Entgeisung geworden. Der große Amerikaner aber bringt in diesem doppelbändigen Roman so viel Jugend, so viel Nabeigebung und menschliche Kraft hinein, gibt die beiden jungen Leute so viele Züge aus seinem eigenen Leben, daß das Interesse an diesem Roman wach bleibt bis zum guten und beglückenden Ende.

**Lohnpolitische Probleme des deutschen Buchdruckgewerbes im Hinblick auf seine wirtschaftliche Lohnpolitik.** Von Günther Zickelbein, Dipl.-Volkswirt, Dr. rer. pol. Verlag Blocksdorff & Meyer, Berlin SW 19, Segelstraße 27. Preis 3 RM.

Die vor uns liegende Arbeit ist eine Erfassung aller Faktoren, die bei der Betrachtung des Lohnproblems eines Gewerbes zu beachten sind. Hier handelt es sich um das Buchdruckgewerbe. Die Lohnpolitik der Unternehmer, als auch der Gehilfen, wird objektiv untersucht und daraus die Schlüsse gezogen. Wertvoll wird das Buch durch den systematischen Aufbau. Die einzelnen Zeitalterschnitte mit ihren veränderten Lohngebern erfahren gründliche Bearbeitung. Dieses zeigt aber vor allem, daß Lohnpolitik nur gemacht werden kann, bei Berücksichtigung aller wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Faktoren, welche in die Sphäre der Gewerbeangehörigen eingreifen. So bietet das Buch dem ersten Leser eine Menge Anregungen, die durchgearbeitet, eigene Schlüsse zulassen.

**Selbstziehung der Jugend.** Von Professor A. Siemsen. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis kart. 1,30 RM., Halbleinen 2 RM.

Auf rund 60 Seiten wird in diesem Buche in einfacher, leicht verständlicher Sprache das Wesen der Erziehung und die Ursachen der Revolte der Jugend geschildert, das Verhältnis von Klassenkampf und Erziehung, von Jugend und Sozialismus, die Grundlage der Selbstziehung gezeichnet. Jugend und Alter in der sozialistischen Selbsterziehung, nehmend Jugendzeit, zu dem Schluß gekommen, daß die Überwindung der persönlichen Gegensätze als ein Grund für die Hoheit und Lieblosigkeit unserer Zeit das Ziel der sozialistischen Selbstziehung der Jugend sein muß. Die Jugend soll keine Revolte führen, um sich an die Stelle der Alten zu setzen, denn dadurch würde nichts Altes beseitigt, nichts Neues geschaffen, das alte Übel bliebe, nur die Personen hätten gewechselt. Sozialistisch erzogene Jugend kämpft nicht gegen Personen und Generationen, sondern gegen Entartung und Erstarrung der Gesellschaft.

Alle Freunde der Jugend und vor allem die Jugend selber muß diese kleine Schrift lesen zum Verständnis der Jugendnöte unserer Tage und zur Zielsetzung des Weges, der hier führt in das Land, in dem die Jugend auf freudigen Herzen sagen kann: Hier bin ich Mensch, hier darf ich sein!

**30 Jahre Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend e. G. m. b. H.**

Anläßlich des Wirkens von 3 Jahrzehnten bringt die Konsumgenossenschaft Berlin den Bericht über das 30. Geschäftsjahr in einer ansprechenden Broschüre. Interessant wird darin über das Werden dieser Genossenschaft erzählt. Der Abschluß des 30. Geschäftsjahres zeigt erneut einen annehmbaren Aufstieg. Bildliche Statistik gibt einen besonders guten Überblick über die einzelnen Aufgabengebiete. Möchten die Mitglieder dieser Genossenschaft diesen Bericht recht eingehend studieren und den Schluß daraus ziehen, daß sie ihrer Genossenschaft gut benutzen, dann muß der Jahresumsatz pro Mitglied noch ganz anders steigen.

**Zinkdruckplatten** in Ia Lithographie-Qualität.  
**Ia Auswaschinktur** Zinkätzsalz D. R. P.  
**Entsäuerungspulver, Schleifkugeln**  
 sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.  
**Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36,** Wiener Straße Nr. 59  
 Fernspr. Mor. 12 289

## Fachliteratur!

**Lehrbuch der Lithographie und des Steindruckes** von Alois Senefelder. Preis inkl. Nachnahme 11,70 RM.

**Die Erfindung der Lithographie** von F. Hansen. Preis inklusive Nachnahme 0,80 RM.

**Der praktische Umdrucker** v. Bernhard Enders. Preis inkl. Nachnahme 1,10 RM.

Zu beziehen durch:  
**Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.**

Tüchtigen

## Aufreiber

sowie flotten

## Holzstecher

der zugleich Messingstecher ist, per sofort gesucht.

**Alfred Vörckel & Söhne,**  
 Druckwalzenfabrik,  
 Einbeck i. Hannover.